

Brandbrief: Neuköllner Grundschule warnt vor „unbegrenzter Inklusion“

Von Martin Klesmann | 16.05.18, 15:53 Uhr



Schüler beim Unterricht in einer Grundschule. (Symbolbild)
Foto: imago/Rainer Unkel

Vor ein paar Jahren noch konnten Schulen in sozialen Brennpunkten kleinere Klassen einrichten, damit die ohnehin benachteiligten Kinder besser lernen konnten. Auch das ist nun kaum noch möglich. Die Einrichtung kleinerer Klassen ist nun auch eine Hauptforderung des Kollegiums der Neuköllner Sonnen-Grundschule.

In einem Brandbrief, der der Berliner Zeitung vorliegt, schreiben sie, dass der normale Unterricht nur so „nebenher“ laufe, weil anderes dringender sei oder den Lehrern dafür die Kraft fehle. „Eine unbegrenzte und alternativlose Integration von verhaltensauffälligen und lernbehinderten Kindern kann unter diesen Bedingungen nicht gelingen.“

Das stelle schon bei der Sprachbildung ein enormes Problem dar, könne aber beim sozialen Lernen noch weniger gelingen. „Wenn es oft nur ein positives Vorbild für die Kinder gibt – Lehrer oder Erzieherin!“ Zudem warnen die Lehrer vor „unbegrenzter Inklusion“. Jeder vierte Lehrer sei derzeit krank. Der Einzugsbereich der Grundschule, zu dem auch die Highdeck-Siedlung zählt, gehört zu den ärmsten Berlin.

„Schulen werden immer mehr zum Reparaturbetrieb unserer Gesellschaft“

Die Lehrer warnen auch davor, Quereinsteiger gegen ihren Willen in die Sonnen-Grundschule zu schicken. „Wir halten es für fahrlässig, angehende Lehrkräfte an so belasteten Schulen wie der unseren auszubilden – es ist weder in ihrem noch in unserer Interesse.“ Die Lehrer fordern deshalb neben einer maximalen Klassenstärke von 20 Kindern auch eine Reduzierung der Unterrichtszahl von derzeit 28 auf 20 Stunden sowie mehr Unterstützung im inklusiven Unterrichtsalltag.

Angesichts des Lehrermangels könne derzeit niemand guten Gewissens eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung fordern, gab eine Sprecherin der Bildungsverwaltung in einer ersten Reaktion zu bedenken. Die Koalitionsfraktionen bereiten derzeit allerdings einen möglichen Gehaltszuschlag für Brennpunktschul-Lehrer vor. Strittig ist, ab welchem Anteil von lernmittelbefreiten Schülern das gelten soll. 70 oder 80 Prozent?

„Schulen werden immer mehr zum Reparaturbetrieb unserer Gesellschaft, sind dafür aber nicht ausreichend ausgestattet“, sagte der Wahlkreisabgeordnete Joschka Langenbrinck (SPD). „Wir dürfen Schulen mit großen sozialen Problemen nicht alleine lassen.“ Die Sonnen-Schule sei exemplarisch für viele Brennpunktschulen. „Wir brauchen eine Task Force, die Schulen in Not schnell und umfassend hilft“, sagte Langenbrinck.